

# „Jetzt bin ich hier, jetzt reicht's mir“

SPIEGEL-Report über die Aussiedler und ihre Aufnahme im Westen

Gut vierzig Jahre nach der Vertreibung ist wieder ein Flüchtlingstreck unterwegs: Deutsche aus Kasachstan und Usbekistan, aus Siebenbürgen, dem Banat, Schlesien, Pommern und Ostpreußen kommen zurück ins „Va-

terland“. Mit 200 000 Aussiedlern in diesem Jahr rechnet die Bundesregierung. Doch Fremdenfeindlichkeit, Wohnungsnot und bürokratische Prozeduren lassen die Heimkehr nach Jahrhunderten zur bitteren Erfahrung werden.

Sie heißen Schäfer, Heinemann, Hildebrandt und Gärtner. Hin und wieder ist auch ein Ryschkow dabei, und der heißt dann mit Vornamen Boris, alles ganz vertraut.

Die älteren unter ihnen sprechen meist fließend Deutsch, etwas altertümlich zwar im Satzbau, doch dem Klang nach Schwäbisch, mit russischen Lauten vermischt.

Sie kommen als Deutsche zu Deutschen, bleiben denen aber erst einmal fremd. Die Bundesrepublik kennen sie nur aus Briefen und vom Hörensagen. Sie verbinden kaum mehr mit diesem Land als die vage Vorstellung von einer besseren Zukunft und die langgehegte Sehnsucht, hier zu leben.

Ihr weiter, mühseliger Weg in das Gelobte Land beginnt im asiatischen Süden der Sowjet-Union, im kirgisischen Tianschan-Gebirge an der Grenze zu China oder im tadschikischen Hochland nahe Afghanistan. Dort, auf den Bahnhöfen von Frunse oder Duschanbe sammeln sie sich zur Abfahrt in eine unbekannte

Heimat, rund 6000 Kilometer und zwei bis drei Wochen Bahnreise von ihrem Ziel entfernt – deutschstämmige Aussiedler auf dem Weg nach Westen.

Wenn der Zug die Hungersteppe östlich des Aralsees und das Tiefland von Turan durchquert hat, steigen – mit dem gleichen Ziel – Passagiere aus den Sozialistischen Sowjetrepubliken Kasachstan und Usbekistan zu. Wiederum sind es Hunderte von Arbeitern, Bauern und Handwerkern, die Haus, Hof und Werkstätten verlassen, nur mitführen, was sie gerade noch tragen können: notdürftig geschnürte Wäschepakete, vollgestopfte Koffer und zerschlissene Kartons.

Westlich des Urals, der den europäischen vom asiatischen Teil der UdSSR trennt, kommen Dorfbewohner aus dem Kaukasus dazu, in Moskau und Minsk reißen sich Bürger aus Litauen und der Ukraine ein. Westlich der sowjetischen Grenze verdichtet sich der Zug der Reisenden zum großen Treck, zur sozialismusmüden Internationalen: Da packen Zehntausende deutschpolnischer Bergleute und Landarbeiter aus Wroclaw und

Poznan ihren Hausrat zusammen und zockeln mit dem Polski-Fiat gen Westen. Und aus den rumänischen Karpaten, aus Städten wie Cluj oder Sibiu sowie aus zahlreichen Dörfern kommen deutschstämmige Siedler hinzu.

Viele von ihnen, mehrfach zwangsumgesiedelt und nirgendwo verwurzelt, erreichen in der Bundesrepublik Deutschland die Endstation ihrer Träume, an deren Erfüllung sie schon nicht mehr geglaubt hatten. „Das ganze Leben hab' ich ein deutscher Mensch sein wollen“, sagt die Rußlanddeutsche Valentine Benz, 58, die über Odessa, Polen, sibirische Arbeitslager und Kasachstan kam, „jetzt bin ich hier in Deutschland. Jetzt reicht's mir.“

Sie reden alle ganz unbekümmert vom „Vaterland“, freuen sich, „daheim im Reich“ zu sein. Doch in der wiedergefundenen Heimat empfängt sie kein Jubel, kein feierliches Zeremoniell. Da gibt es allenfalls das stille Glück, wenn eine Familie zusammenfindet und ein Vater seinen Sohn umarmt.



Aussiedler-Mittagstisch in Friedland: „Das Rinnsal wird plötzlich zu einem Strom“



Schon die ersten Eindrücke sind nicht die besten. Wenn die Spätaussiedler nachts, entkräftet und verstört, im Durchgangslager aus den Bussen klettern, müssen sie – wie in Nürnberg-Langwasser – erleben, daß nur ein Mann die Begrüßung übernimmt – einer von der Wach- und Schließgesellschaft mit schwarzer Uniform und Dienstpistole, der die Aussiedler barsch einweist und herumkommandiert.

Deprimierend auch die Szene, spät-abends Anfang August, auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen. 144 Aussiedler aus Kasachstan, soeben der Maschine entstieg, werden achtlos beiseite geschubst wie lästige Hindernisse. Nur ein junger Mann, aus Moskau eingeflogen, steht im Scheinwerferlicht: Mathias Rust, der sonderbare Kreml-Pilot, mit dem die Rußlanddeutschen zufällig zurück in die Freiheit geflogen waren.

Der Exodus aus der Sowjet-Union und den sozialistischen Volksrepubliken Polen und Rumänien, von westdeutschen Politikern jahrzehntlang gefordert, wird nun, da er so vehement einsetzt, zum innenpolitischen Problem. Zwar erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl die Integration der Aussiedler zur „nationalen Aufgabe“, appellierte an die Bundesbürger, „gemeinsam alle Anstrengungen zu unternehmen, um den zu uns kommenden Landsleuten dabei zu helfen, hier schnell heimisch zu werden“.

Doch das Pathos der Politiker entspricht nicht der Stimmung im Lande. Den Landsleuten aus den Karpaten oder Kasachstan schlägt unter Einheimischen spürbar Mißtrauen, Verdruß und Verständnislosigkeit entgegen.

Ältere Bundesbürger, die noch das Elend der Nachkriegsjahre in Erinnerung haben, wollen nicht wahrhaben, daß es jetzt, 43 Jahre nach Kriegsende,

immer noch oder plötzlich wieder Aussiedler zuhauf geben soll. Jüngere, denen die historischen und politischen Hintergründe nicht geläufig sind, finden die radebrechenden Einwanderer in ihren altmodischen Gewändern, Kopftüchern und Filzschuhen nur komisch.

Und allenthalben grassiert unter Westdeutschen die Furcht, ein Heer von Wirtschaftsflüchtlingen und Schmarotzern mache sich über ihre Arbeitsplätze, preisgünstigen Wohnungen und die Sozialhilfe her, könne ihnen das Leben erschweren und den Wohlstand mindern. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland sorgt sich: „Zur Zeit werden auch Aussiedler neben Gastarbeitern und Asylanten als Fremdkörper empfunden.“

Aussiedler-Betreuer in Nürnberg registrieren eine „bedrohlich zunehmende Fremdenfeindlichkeit“, der SPD-Stadtrat Siegfried Pogadl, im Hauptberuf stellvertretender Lagerleiter in Unna-Massen, hört im Dortmunder Stadtteil Scharnhorst, wo 4000 Polen-Aussiedler einquartiert wurden, mitunter „ganz komische Sprüche“, etwa den: „Das ist ja hier bald wie in Polen, das kann doch nicht so weitergehen, die nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“

Die Rußlanddeutsche Maria Rösler, die seit über einem Jahr mit Ehemann und drei Kindern in einem Tübinger Wohnheim lebt, wurde von der Hausverwaltung mit „Strafe“ bedroht, „weil wir nicht gehen raus“. Ihre Erklärung:

Wir sitzen in einem Zimmer und wissen nicht, wo rausgehen. Es sind keine Wohnungen. Und die Leute haben Angst vor uns. Sie möchten nicht Aussiedler. Das ist erstens. Zweitens: Wir haben keine Arbeitsplätze. Die möchten uns nicht. Was sollen wir tun? Wohin? Ein Zelt kaufen?

Ähnlich die Erfahrungen von Hildegard Gärtner, 35, die schon vor acht Jah-

ren aus einem Dorf in Siebenbürgen kam und sich dort „immer als Deutsche gefühlt“ hat. „Hier“, sagt sie, „waren wir plötzlich die Ausländer.“

In deutschen Amtsstuben werden Aussiedler schon mal abwertend „Polake“ oder „Russki“ genannt. Die Verkäuferin in einem Göttinger Supermarkt, nahe dem Durchgangslager Friedland, sagt über die einkaufenden Neuankommlinge, sie sollten „doch bleiben, wo sie herkommen, uns nehmen sie die Arbeit weg“.

Seit einem Vierteljahr kommen monatlich bis zu 20 000 Aussiedler, und am Ende des Jahres werden es nach Bonner Schätzung 200 000 sein. Es sind fast ausschließlich „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“, deren Schicksal jahrzehntlang eine Herzensangelegenheit der Bonner Außenpolitik war und deren Aufnahme nun als „nationale Herausforderung ersten Ranges“ (so Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth) empfunden werden sollte.

Kanzler Kohl mahnt Politiker und Mitbürger, „diese Landsleute mit offenen Armen zu empfangen“. Weil sie aber so zahlreich kommen, müssen viele erst mal in schäbigen Baracken, Turnhallen und Zelten übernachten.

Seit Konrad Adenauer bemühte sich die Bundesregierung immer wieder vergeblich, die versprengten und bedrängten Deutschen im Osten mit ihren Verwandten im Westen zusammenzuführen. Es gelang nur in Ausnahmefällen, scheiterte meist an der ablehnenden Haltung der Ostblockstaaten, die ihre deutschen Minderheiten als Druckmittel und Faustpfand betrachteten. Doch nun dürfen womöglich, als sei der Eisener Vorhang weggezogen, auf einmal alle kommen, wenn sie wollen und können. Das wären noch

▷ knapp zwei Millionen Rußlanddeutsche, Nachfahren der Auswanderer,

die einst an der Wolga und am Schwarzen Meer gesiedelt hatten (siehe Kasten Seite 53), von Stalin in die unwirtlichen Steppen Asiens deportiert und von den Nazis in den eroberten polnischen Warthegau geholt worden waren;

- ▷ etwa eine dreiviertel Million Pomern, Schlesier und Ostpreußen im derzeitigen Staatsgebiet Polens, die von der Vertreibung verschont geblieben waren, aber ausnahmslos enteignet und ihrer Minderheitenrechte beraubt wurden;
- ▷ rund 230 000 Siebenbürger Sachsen, Banater und Sathmarer Schwaben aus Rumänien, deren Vorfahren teilweise schon vor 800 Jahren ins Karpatenland eingewandert waren und in Orten wie Klausenburg (Cluj) oder Hermannstadt (Sibiu) deutsche Kul-

turen pflegten, die unter dem Regime des rumänischen Staatschefs Nicolae Ceauşescu systematisch zerstört wird.

Das Deutsche Rote Kreuz rechnet für die nächsten Jahre mit weiteren 1,4 Millionen ausreisewilligen Deutschen aus Osteuropa und den asiatischen Sowjetrepubliken. „Die Realität holt unsere Forderungen ein“, so Bayerns Staatskanzleichef Edmund Stoiber Ende Juli, „das Rinnsal wird plötzlich zu einem Strom.“

Dem Caritasverband, der jährlich höchstens 50 000 Aussiedler betreuen kann, droht nach eigenem Bekunden „in diesem Jahr der komplette Kollaps“. Aus „immer mehr Ortsstellen“, berichtet ein Verbandssprecher, „erreichen uns verzweifelte Hilferufe“.

Friedland, Unna und Nürnberg, die drei großen Aufnahme- und Durchgangslager für Aussiedler in der Bundes-

republik, die den Menschenstrom in die Bundesländer und Kommunen kanalisieren sollen, können die Aufgabe kaum mehr bewältigen. Friedland-Leiter Randolph Brand: „Die Situation hat dramatische Züge.“

In dem niedersächsischen Grenzlager erinnern die Zustände an die grauen Nachkriegsjahre der Vertriebenenretcks und Kriegs-Spätheimkehrer. Das Essen wird in Feldküchen ausgegeben; die Aussiedler – derzeit über 3200 statt maximal 1800 – werden auf Massenquartiere in Turnhallen und Schulräumen verteilt. Ein Lagerbetreuer urteilt: „Eine Legehenne in der Batterie hat in ihrem Käfig mehr Platz.“

Im Lager Unna-Massen, das erst im Februar zur speziellen Erfassungsstelle für Nordrhein-Westfalen erweitert wurde, sind 1000 von 3500 Bewohnern ei-

gentlich zuviel. Sie müssen in Wohncontainern, Rot-Kreuz-Feldhäusern und wiederum in Turnhallen untergebracht werden, für die die Nutzungsfrist mit Schulbeginn am Montag dieser Woche abläuft.

Auch die Durchgangsstelle Nürnberg-Langwasser ist „an der Grenze der Belastbarkeit“, so Lagerleiter Klaus Stöcker, „irgendwann bricht das Haus zusammen“. In den Gängen und Fluren des Lager-Hochhauses, früher eine Gästeunterkunft der Firma Grundig, von dessen oberen Stockwerken die Nazi-Bauten des nahen Reichsparteitagsgeländes zu sehen sind, drängeln sich 900 Bewohner. Der Fahrstuhl, zugelassen für zwölf Personen, bleibt fast täglich hängen. „Das ist eine Katastrophe“, berichtet eine Verwaltungsangestellte, „die pfpfen sich da rein bis zum Geht-nicht-Mehr.“

Längst sind auch die zahlreichen von Ländern und Kommunen bereitgestell-

ten „Übergangswohnheime“ für Aussiedler überfüllt. Die Gemeinden mieten Hotelzimmer und Pensionen an. Um überhaupt eine Unterkunft zu bekommen, wird den Aussiedlern auch schon mal empfohlen, sich als Asylbewerber auszugeben. Viele leben deshalb seit Wochen in Obdachlosenheimen.

Doch fast alle Aussiedler sind, so die Erfahrungen ihrer westdeutschen Betreuer, von „unerschütterlicher Zuversicht“, „stoischer Ruhe“ und bereit, „große Strapazen auf sich zu nehmen“ – letztlich froh, daß sie überhaupt in den „freien Westen“ ziehen durften.

Daß nun so viele dürfen, hat mannigfache Ursachen. In der UdSSR werden Antragsteller, die jahrzehntlang der Willkür der Sowjetbehörden ausgesetzt waren, seit Januar 1987 ganz korrekt nach einer neuen Ausreiseverordnung behandelt: Sie gestattet allen Sowjetbürgern die Ausreise, die sich bei der Volkszählung von 1979 zu ihrer deutschen Nationalität bekannt hatten und eine Einladung naher Angehöriger im Ausland vorweisen können.

Der Paßeintrag „Deutscher“ trug den Bekennern zwar jahrelang Nachteile ein, etwa bei der Arbeitsvermittlung oder der Wohnungszuteilung, bewirkte seit Gorbatschow jedoch, daß die Ausreisearträge – vordem zigfach abgelehnt – jetzt in kurzer Frist und nach dem Eindruck des Bonner Auswärtigen Amts auch „recht großzügig“ beschieden werden.

In der Volksrepublik Polen, wo es nach amtlicher Lesart gar keine Deutschen mehr gibt und mithin auch keinen Anlaß zur Familienzusammenführung, erhielten dennoch von Januar bis Juli über 10 000 Bürger die Aussiedlungserlaubnis – mehr als je zuvor in einem vergleichbaren Zeitraum.

Doch das Gros derer, die aus Polen kommen – 40 000 im letzten Halbjahr –, sind zunächst einmal Touristen, die das Land fast ungehindert verlassen dürfen. Nach ihren Berichten ermuntern die polnischen Behörden ausreisewillige Bürger sogar, den Aus-Weg mit Besuchervisum zu suchen – wohl wissend, daß die Touristen kaum mehr als polnische Staatsbürger zurückkehren werden.

Was sich da so großzügig und tolerant ausnimmt, soll der Volksrepublik in Wahrheit doppelt nutzen. Zum einen erhofft sich die Warschauer Regierung davon eine Entlastung von innerem Druck und der katastrophalen Versorgungslage; zum anderen will der polnische Staat, im Westen hoch verschuldet, ganz ungeniert Devisen kassieren.

Die Warschauer wissen, daß ihre getürmten Landsleute sich im Westen erst noch ihrer polnischen Staatsbürgerschaft entledigen müssen, wenn sie in den vollen Genuß der Rechte eines Bundesbürgers kommen wollen.

Solange sie „Mehrstaater“ bleiben, darauf weist sie bereits ein „Wegweiser für Aussiedler“ des Bundesinnenmini-



Aussiedler-Warteschlange in Friedland: „An der Grenze der Belastbarkeit“



Kleiderkammer in Friedland: „Jetzt hofft man ...“

steriums beim Grenzübertritt hin, haben sie beispielsweise Nachteile bei „bestimmten sozialen Leistungen“ und fast keine Schutzansprüche bei Auslandsaufenthalten.

Das Abnabeln vom alten Staat besorgt – ausschließlich – die polnische Botschaft in Köln, allerdings zu horrenden Preisen, die auch erklären, warum die Volksrepublik in der Regel nur Einzelpersonen ziehen läßt: Für den Federstrich unter die sozialistische Vergangenheit muß ein einzelner fast ebensoviel bezahlen (1200 Mark) wie eine ganze Familie (1300 Mark). Das bringt der polnischen Staatskasse nach Expertenschätzungen allein in diesem Jahr etwa 100 Millionen Mark Westgeld ein.

Daß Geld die Schleusen für Aussiedler weit öffnet, ist im Fall Rumänien seit zehn Jahren gängige Praxis, scheint aber nun ebenso gigantische wie groteske Formen anzunehmen. Die Bundesrepublik Deutschland, die sich 1978 auf eine geheime Vereinbarung mit Bukarest einließ, bezahlt seitdem schon 8000 Mark Kopfgeld für jeden Ausreisenden an die rumänische Staatsbank. Bislang sind so 120 000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben für insgesamt rund eine Milliarde Mark freigekauft worden.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der Ende letzten Jahres in Bukarest über eine Verlängerung und Ausweitung der bislang auf 12 000 Personen jährlich beschränkten Aussiedlervereinbarung verhandelte, erfuhr, daß die Ware Mensch inzwischen viel teurer geworden ist. Rumäniens Ceaucescu verlangt jetzt 15 000 Mark pro Person.

So gewinnt denn auch ein vom ehemaligen stellvertretenden rumänischen Geheimdienstchef Ion Pacepa überlie-



... daß doch nicht so viele kommen“: Materiallager in Göttingen

ferter Ausspruch des geschäftstüchtigen Staatsoberhaupts auf makabre Weise an Glaubwürdigkeit: „Erdöl, Juden und Deutsche“, soll Ceaucescu geäußert haben, „sind unsere wichtigsten Exportartikel.“

In Frage kommen für den Deal nach Bonner Erkenntnissen noch etwa 180 000 ausreisewillige Volksdeutsche aus dem Karpatenbogen. Dafür müßte die Bundesregierung noch einmal mindestens 1,4 Milliarden Mark ausgeben – nach altem Preis.

Für fast jeden rumänischen Aussiedler fließen obendrein, wie die Siebenbürger Landsmannschaft in einem Hearing der Bonner CDU/CSU-Fraktion berichtete,

„private Schmiergelder in zum Teil exorbitanter Höhe“ – 10 000 bis 30 000 Mark – durch dunkle Kanäle. In der Regel kommen die Angehörigen in der Bundesrepublik für das „meist erpresserisch gehandhabte Schmiergeld-Inkasso“ (Landsmannschaft) auf, das vermutlich über anonyme Mittelsmänner von Paßbehörden und Sicherheitsdienst abgewickelt wird.

So abstoßend der Menschenhandel auch erscheinen mag, die Bundesregierung wird bei Ceaucescu Preispoker wohl nachgeben müssen. Denn die Situation der Rumäniendeutschen gleicht mittlerweile der von Staatsgeiseln: Sie stehen unter einem unerträglichen Assimilierungsdruck, mit dem die rumänische Regierung alle Minderheiten des Landes gleichschalten oder ausschalten will. Im Zuge der gerade begonnenen Agrar-Industrialisierung, bei der Bauernhöfe neuen Mietskasernen und Fabriken weichen müssen, wurden bereits deutsche Dörfer von Planierraupen niedergewalzt.

Verständlich, daß eine Denkschrift der Landsmannschaften, die Außenminister Genscher mit auf den Weg gegeben wurde, wie ein Notschrei klingt: In ihrer alten Heimat gebe es nur noch einen „längst nicht mehr sanierbaren, entwurzelten und hoffnungslos zersplitterten Rest der einstigen geschlossenen Volksgruppen“, so das Memorandum: „Die Auswanderung ist eine kollektive Flucht aus dem nationalen Untergang.“

Aussiedler anno 1988 – das ist indes keine neugermanische Völkerwanderung, sondern eine deutsche Wiedergutmachung an jenen Auswanderern, Ausgrenzten oder Ausgebeuteten, die, direkt oder indirekt, am längsten darunter zu leiden hatten, daß einst die

halbe Welt am deutschen Wesen genes sollte.

Daß völkisches Denken die Sache bewegt, wenn etwa Bewohner Sibiriens auf einmal zu Deutschen werden, darüber spekuliert besonders gern die Presse im westlichen Ausland. So wunderte sich beispielsweise das New Yorker „Wall Street Journal“ über die „besondere deutsche Definition der Staatsangehörigkeit“. Gemeinhin sei der Geburtsort dafür ausschlaggebend, räsonierte das Blatt, „doch in Deutschland zählt das Blut“.

Der Verdacht ist abwegig. Vielmehr erklärt sich gerade aus der historischen Hypothek der NS-Ära das Verfassungsgebot, auch Spätaussiedlern und „Ab-

deutschen Schweine, hier sind wir die Polacken.“

Den Verdacht, daß gerade viele Polen-Aussiedler in Wirklichkeit astreine Wirtschaftsflüchtlinge seien und mithin im sogenannten Anerkennungsverfahren als deutsche Vertriebene durchfallen müßten, nähren selbst Politiker. So hält der CDU-Bundestagsabgeordnete und frühere Berliner Innensenator Heinrich Lummer 40 Prozent der in West-Berlin eintreffenden Aussiedler aus Polen pauschal für „Nichtdeutsche“. Manche Antragsteller, so Lummer zynisch, könnten allenfalls nachweisen, daß sie „mal einen deutschen Schäferhund besessen“ haben.

Argwohn und Neid belasten auch das Verhältnis der Aussiedler untereinander.



Aussiedler-Zeltlager in Friedland: „Eine Legehennen hat mehr Platz“

kömmlingen von deutschen Volkszugehörigen“ zu den Rechten eines Bundesbürgers zu verhelfen – einschließlich Staatsbürgerschaft. Im Amtsdeutsch des Bonner Justizministeriums lautet die spezielle Rechtsdefinition des deutschstämmigen Aussiedlers denn auch: „Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit einem besonderen, staatsangehörigkeitsähnlichen Status“.

Aussiedler schockiert es andererseits häufig schon, wenn sie nicht als richtige Deutsche akzeptiert werden. „Wenn ich 200 Jahre Deutschtum bewahrt habe“, so Anton Bosch von der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, „dann will ich nicht als Russe, Sowjetdeutscher oder Deutschrusse bezeichnet werden. Das ist, was uns innerlich weh tut.“ Eine 30jährige aus Polen bekundete in Bonn ganz offen, was Sache ist: „Wir waren drüben die

So wollen die Einwanderer aus Kasachstan oder Kirgisien, die meist viel besser Deutsch sprechen als die ehemaligen „Reichsdeutschen“ aus Schlesien und Pommern, mit denen aus Polen oft nichts zu tun haben.

„Die reden nix Deutsch, kennen nix Deutschland, kriegen aber alles“, empört sich Hanna Heinemann, 52, aus Taschkent, „wir wollen mit Deutschen leben, nicht mit Polacken.“ Ein früher ausgesiedelter Schlesier, der in Friedland eben seinen Sohn abholte, war „wütend, daß diese ganzen Polen kommen. Ich bin von denen abgehauen, und hier treffe ich sie alle wieder“.

Kein Zweifel: Einige von denen, die aus Wroclaw (Breslau) oder Opole (Oppeln) kommen, machen eine „Spontanmetamorphose zum guten Deutschen“ (ein Friedland-Mitarbeiter) durch. Auch haben schon Dutzende von polnischen

Touristen gefälschte Abstammungsdokumente vorgelegt. Doch der Anteil derer, die schummeln, ist nach Meinung des in Friedland für die vorläufige Anerkennung der Aussiedler zuständigen Bundesbeauftragten Dieter Adolfs „verschwindend gering“. Die Beweggründe der pauschal als Wirtschaftsflüchtlinge diffamierten Gruppe erscheinen oft nur allzu menschlich. „Wir sind gekommen für ein bißchen Gutgehen“, gesteht eine Oberschlesierin in Friedland.

Zu den schärfsten Kritikern einer großzügigen Anerkennungspraxis gehören ausgerechnet Vertriebenenverbände. So wundert sich die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, „daß ein deutscher Großelternanteil in Rumänien das Volkstum der Enkel geprägt haben“ soll. Die Siebenbürger empfahlen den deutschen Behörden, in Zweifelsfällen strikte Gesetzesanwendung „vor pseudohumanitäre Beweggründe“ zu stellen.

Die Vertriebenenfunktionäre sind in einer grotesken Situation. Jahrzehntlang haben sie das „Recht auf Heimat“ und Rückkehr ins reichsdeutsche Land propagiert und können es sich eigentlich gar nicht wünschen, daß die alte Heimat ausblutet. Dennoch bieten sie sich im „Hochgefühl der Solidarität“ (Bund der Vertriebenen) den Neubürgern als „die geborenen Partner und Ansprechgruppen“ an. Junge Aussiedler, so BdV-Generalsekretär Hartmut Koschyk, „müssen hier erst einmal ihre geistige, kulturelle Identität als Schlesier oder als Ostpreuße erschließen“.

Derlei Selbstfindung gehört nicht zu den vorrangigen Problemen der Aussiedler. Die Heimatkunde der Vertriebenenverbände interessiert die Landsleute von heute offenbar genausowenig wie seinerzeit die Nachkriegsflüchtlinge.

Schon damals engagierte sich nur ein Bruchteil der Vertriebenen in den Verbänden und Landsmannschaften. Die meisten integrierten sich ohne Rückkehrwünsche und Heimatseligkeit in die westdeutsche Aufbaugesellschaft, arbeiteten und lebten, handelten und wählten politisch nicht anders als die übrigen Bundesbürger. Vertriebene gab es bald nur noch „in den Akten, in Statistiken und auf den Heimattagen“, schrieb die „Zeit“, „wirtschaftlich sind sie aufgesogen, sozial eingeschmolzen, politisch machtlos geworden“.

Flüchtlinge und Vertriebene damals – das waren immerhin über zehn Millionen Menschen, die nahtlos eingegliedert werden konnten. Sollte da etwa, fragte vorletzte Woche das CSU-Blatt „Bayernkurier“ besorgt, „unsere Wohlstandsgesellschaft unfähig sein, auch nur einen Bruchteil dieser Leistung zu schaffen?“

Der wirtschaftlichen und sozialen Integration stehen heute auch andere als materielle Barrieren entgegen. Spätaussiedler, die jahrzehntlang einen dirigistischen Staat, andere Lebensart und andere Wertvorstellungen, grundverschiedene Arbeitsbedingungen und Schulsysteme



Deutsche Bauernhochzeit in Siebenbürgen: „Menschen sind der größte Reichtum“

## In jeder Familie 8,9 Kinder

Wie die deutschen Siedler nach Osteuropa kamen

**F**ürst Grigorij Potemkin ließ noch schnell ein paar Holzfassaden am Wegesrand aufstellen, als Zarin Katharina die Große im Jahre 1787 ihre neurussischen Provinzen am Schwarzen Meer bereiste.

Katharina hatte dem Fürsten die Besiedlung des menschenleeren Gebietes zwischen der Krim und Odessa aufgetragen. Schon ein Jahr später konnte Potemkin auf Attrappen verzichten: 228 mennonitische Familien, Glaubensflüchtlinge aus Danzig, siedelten an der Schwarzmeerküste.

Russische Emissäre reisten nach Württemberg, Baden, ins Elsaß und in die Schweiz, um weitere Siedler anzuwerben, verarmte Bauern und Handwerker vor allem. 60 000 Kolonisten kamen daraufhin ins südliche Rußland; Dorfnamen wie Sulz, Karlsruhe oder Straßburg erinnerten an die Herkunft der Siedler.

Bevölkerungspolitik im großen Stil hatte die Zarin schon seit 1762 an der unteren Wolga betrieben. Vielversprechende Manifeste, verteilt in allen deutschen Landen, lockten besonders Pfälzer, Hessen und Württemberger in ein Land, das angeblich über „einen unerschöpflichen Reichtum an allerley kostbaren Erzen und Metallen“ verfügte.

Auch an die Wolga zogen 50 000 deutsche Kolonisten. Jede Familie erhielt mindestens 35 Hektar Land sowie Steuerbefreiungen. Was Katharinas Manifeste freilich verschwiegen: Auf die Einwanderer warteten Reisestrapazen, Hungersnöte und große Gefahren. Hunderte wurden bei Kirgi-

senüberfällen getötet oder in die Sklaverei verschleppt.

Zwischen der ehrgeizigen Zarin Katharina, der Habsburger Kaiserin Maria Theresia und dem Preußenkönig Friedrich dem Großen war ein regelrechter Wettbewerb um Kolonisten entbrannt: Je zahlreicher die beherrschten Untertanen, desto prächtiger schienen Ansehen und Besitz zu gedeihen. Friedrich Wilhelm I., der Vater Friedrichs, brachte das auf die knappe Formel: „Menschen halte ich für den größten Reichtum.“

Preußen und Habsburg beherrschten am Ende des 18. Jahrhunderts das ganze heutige Polen. Seit dem Mittelalter waren zwar immer wieder deutsche Siedler in der Hoffnung auf bessere Lebensverhältnisse in den Osten aufgebrochen, doch zu einer deutschen Dominanz kam es nur in West- und Ostpreußen, Pommern und Schlesien sowie in den Städten des unter russischer Herrschaft stehenden Baltikums.

Als fanatischer Verfechter der Kolonisation erwies sich Friedrich der Große. In Westpreußen und im Netzedistrikt ließ er die letzten Moore und dürftige Sandböden besiedeln. Friedrich und seine Nachfolger holten südwestdeutsche Tagelöhner mit Pamphleten nach Preußisch-Polen, in denen „wahre Freiheit“ für „glückliche Bauern“ versprochen wurde – jene, die den Weg zurück in die Heimat fanden, berichteten freilich „unter Vergießung bitterer Tränen“ vom elenden Schicksal in der Fremde.

Kaum besser erging es den „Banater Schwaben“, einem bunten Völkergemisch aus katholischen Schwaben und Lothringern, das seit Beginn des 18. Jahrhunderts auf kaiserlichen Besitzungen im westlichen Grenzgebiet des heutigen Rumänien angesiedelt wurde. Das Prestige-Projekt der Habsburger Kaiserfamilie brachte mindestens 80 000 Deutsche in das Banat. Von dort wanderten dann noch einige hundert evangelische Familien weiter nach Siebenbürgen, wo schon seit dem 12. Jahrhundert „Siebenbürger Sachsen“ (die eigentlich aus dem Kölner Raum stammen) lebten.

In Rußland besserte sich nach einigen Jahrzehnten die Lage der Siedler. Neue Kolonien entstanden in Wolhynien, Bessarabien, in der Ukraine und jenseits des Urals. Zu den 300 Dörfern, die am Schwarzen Meer gegründet worden waren, kamen 3000 Tochterkolonien hinzu. Deutsche Siedler besaßen kurz vor dem Ersten Weltkrieg einen breiten Landgürtel vom Baltikum bis zum Kaspischen Meer sowie zahlreiche Fabriken.

Bis 1941, vor der Deportation der Deutschrussen aus ihren Gründerkolonien nach Kirgisien, Kasachstan und Sibirien, lebten etwa 1,5 Millionen Deutsche in der Sowjet-Union. Die Zahl der Siedler hatte sich verzehnfacht.

Die von der Zarin einst ins Land gerufenen Kolonisten bewiesen eine Fruchtbarkeit, die den Fürsten Potemkin wohl entzückt hätte: Im Durchschnitt, so errechneten Historiker, produzierte jede Familie 8,9 Kinder.

## Am Anfang war der Kreis.



Eines ist klar: Design ist heutzutage oft recht ver-rückt. Nicht so bei COR, dem Hersteller klassisch-schöner Sitzmöbel. Denn auch das ist klar: COR baut auf Formen, die das Denken des Gestalters erkennen lassen. Wie bei »Zyklus«, einem Sitz-Mobil, das nur auf einer Form basiert – dem Kreis. Erkennbar



in der Nackenstütze und der Rückenlehne, der Sitzfläche und den Armlehnen. Und in zwei Rollen, die »Zyklus« zudem mobil machen. Mehr bei Ihrem Möbelfachhändler. Oder von COR, 4840 Rheda-Wiedenbrück.

**COR**  
zum Sitzen



Supermarkt im Lager Unna-Massen: „Als wenn es morgen nichts mehr gäbe“

me gewohnt waren, erleben in der Bundesrepublik eine Art Kulturschock. „Genügte es vor einiger Zeit“, urteilt Wolfgang Lanquillon vom Diakonischen Werk, „die Aussiedler in ihrer Auseinandersetzung mit dem Neuen zu begleiten, so wird es heute immer dringlicher, sie erst zu dieser Auseinandersetzung zu befähigen.“

Gewöhnt, daß der Staat alle wichtigen Entscheidungen für sie trifft, bringen Aussiedler – so eine Erfahrung der Sozialbetreuer – zunächst kaum Eigeninitiative auf. Sie versäumen Termine und verpassen mitunter Chancen von existentieller Bedeutung, wie regelmäßige Meldungen beim Arbeitsamt. „Es dauert mindestens ein Jahr“, sagt Erwin Lessl, 58, aus dem rumänischen Banat, „bevor man das Leben hier versteht.“

Viele erliegen den Verlockungen des erdrückenden Konsumangebots, manche geben ihr erstes Westgeld bereits beim Rewe-Supermarkt im Lager Unna-Massen aus. Wenn die Ehefrau drinnen den vollen Einkaufswagen vor die Kasse fährt, fordert sie der Mann draußen vor der Scheibe mit heftigen Handbewegungen auf, den Korb noch voller zu machen – „als wenn es morgen nichts mehr gäbe“, sagt Rewe-Marktleiter Robert Giermann, der billige Elektrogeräte wie Kaffeemaschinen und Bügeleisen gut absetzt: „Es läuft hervorragend.“

Das Ehepaar Wilhelm und Nelly Lang, beide 46, aus der Ukraine und seit einem Jahr in Hannover, hat die Erfahrung schon hinter sich. „Die vielen Waren in den Geschäften, die Häuser, die Autos“ waren für die Langs anfangs „große Wunder“. Dann erlebten sie die Kehrseite: „Die Menschen sind nicht

sehr hilfsbereit und höflich, mehr als distanziert.“

Am problematischsten dürfte auf lange Sicht die berufliche Eingliederung werden. Aussiedler, die früher vorwiegend aus Fertigungsberufen stammten, kommen derzeit zu 60 Prozent aus dem Dienstleistungsgewerbe und sind nach den Erfahrungen der Arbeitsämter schwer zu vermitteln.

Andere müssen erfahren, daß ihre Qualifikationen häufig nichts wert sind, und zusätzliche Ausbildung an Unis und Fachhochschulen erforderlich ist. „Wir haben in Rußland eine Uni beendet. Fakultiert Physik und Mathematik“, stellte die Rußlanddeutsche Maria Rösler ratlos fest, „unsere Diplome sind hier nicht anerkannt. Physik und Mathematik ist überall gleich – hier und dort.“

Hier in der Bundesrepublik und dort in der Sowjet-Union gleichen sich auch die bürokratischen Torturen, die oftmals Jahre vor der Ausreise begannen und nach der Ankunft der Aussiedler noch Jahre dauern können.

Ganz am Anfang, beim Schlangestehen im Durchgangslager, zeigen die Wartenden noch viel Geduld und fröhliche Gesichter. Denn dort geht es vor allem um den amtlichen Registrierschein, laut dem Friedländer Bundesbeauftragten Adolfs „so wertvoll wie eine Ikone, nur nicht so schön“. Das Papier bestätigt, die „Vorprüfung der deutschen Volkszugehörigkeit“.

Ausgestattet mit einer Überbrückungshilfe von 200 Mark pro Person, einer Fahrkarte, einem Wörterbuch und der amtlichen, in feinem Bürokraten-deutsch verfaßten Broschüre „Wegweiser für Aussiedler“, geht die Reise so-

dann in die Kommune, der sie zugewiesen wurden. Da läßt die Freude beim Schlängestehen schon nach, etwa beim Ausgleichsamt, der Vertriebenenbehörde sowie im Arbeits- und Wohnungsamt.

Etlliche Behördengänge sind zunächst vergeblich. Denn wer noch keinen Vertriebenenausweis besitzt, gilt nur als unvollkommener Deutscher, muß auf einen Teil der Unterstützungen verzichten. Den Ausweis – „klein, grün und unscheinbar“ und dennoch „das wichtigste Dokument“, so der Bund der Vertriebenen – bekommt nur, wer seine deutsche Volkszugehörigkeit nachgewiesen hat. Schon diese Prozedur kann, wie Theodor Kosak von der für die Nachforschung zuständigen „Zentralstelle Heimatortkarteien“ bedauert, „bis zu fünf Jahre dauern“.

Ein altes Wehrmachtssoldbuch des Vaters etwa, von einem Polen-Aussiedler zum Nachweis seiner Abstammung vorgelegt, wird mit Wehrmachtslisten verglichen. Oder zu einer Geburtsurkunde forscht die Zentralstelle nach ehemaligen Nachbarn aus der alten Heimat, um zu erkunden, ob der angebliche Vorfahr tatsächlich Kinder hatte. „Jetzt kommen die Enkel“, beschreibt Kosak die Detektivarbeit, „die wissen sehr häufig nicht mehr genau, wo ihre Großeltern gewohnt haben.“

Wut und Enttäuschung, auch Tränen erleben die Sachbearbeiter in den Amtsstuben, die vom Pensum und vom Einfühlungsvermögen her oftmals überfordert sind. Margarete Josek etwa, aus dem schlesischen Oppeln nach Düsseldorf ausgesiedelt, wollte vom Flüchtlingsamt erfahren, warum sie nach sieben Monaten „noch keinen Ausweis“ habe, „heißt ich doch Margarete und habe ein deutsches Stammbuch“. Immer noch aufgebracht, berichtete sie über die Reaktion im Amt: „Die haben mich angeschrien, daß ich bin eine Polin.“

Der frühere Oberschlesier Franz Rychly beschreibt die Stimmung in den Amtsstuben:

„Die Gesetze sind sehr gut, aber die Gesetze, das ist die eine Seite, und die Beamten, die diese durchführen, das ist die andere Seite.“

Der Jurist, der in der Bundesrepublik nicht einmal als Gerichtsvollzieher arbeiten darf, obwohl ihm schon eine Stelle nachgewiesen wurde, beschreibt anschaulich das Stimmungstief seiner Mitankömmlinge während der unendlichen bürokratischen Prozedur: „Sie sind so bedrückt, daß sie oft weinend nach Hause zurückfahren. Sie sind so erschüttert, daß sie nicht wissen, wo ihre Heimat ist, obwohl sie früher um die Ausreise gekämpft haben.“

Ohne die Sprachkurse, von den Arbeitsämtern eingerichtet, hätten viele Aussiedler überhaupt keine Chance, sich in der Bundesrepublik einzugliedern.

Doch bei dem Massenansturm dieses Jahres kann der Unterricht oft nicht leisten, was die meist erwachsenen Schüler sich erhoffen. Häufigste Klagen: zuviel Grammatik, zuwenig Umgangssprache, zu viele gemischte Kurse aus Anfängern und Fortgeschrittenen. Ein Experte von der Caritas sagt, da sei „der eine überfordert, der andere langweilt sich. Mitunter ist der ganze Kurs für die Katz.“

Valentin Kirchmayer, 51, Ingenieur aus Schlesien, hat in seinem Kurs beispielsweise den Eindruck, „als (ob) der Lehrer solche Sprache lernen soll“. Man sitzt, sagt er, „manchmal zwei Stunden lang und braucht nicht ein Wort sprechen, immer der Lehrer spricht und spricht“.

Doch das sind, vergleichsweise, Lapalmen, gemessen jedenfalls an der Woh-



Deutschunterricht für Aussiedler: „Das Geld ist weg“



Einbürgerungsanträge, Abstammungsdokumente „Wertvoll wie eine Ikone“



**Aussiedler in Nürnberg:** „Gekommen für ein bißchen Gutgehen“

nungsnot unter den Aussiedlern und ihren Erfahrungen auf der Suche nach einer Bleibe. Als gäbe es nicht auch für sie das Grundrecht auf eine menschenwürdige Wohnung, wird ihnen der Aufenthalt in den überbelegten Wohnheimen mitunter vorsätzlich verleidet.

Im Übergangwohnheim im hessischen Hochheim etwa, einem Sozialbau aus den fünfziger Jahren, leben jeweils drei Familien in einer Drei-Zimmer-Wohnung, zwei Etagenbetten in jedem Raum, kein Bad. Ein Grauschleier liegt über allem, bröckelnder Putz, strenge Gerüche. Doch laut Udo Röther, Aussiedlerreferent im hessischen Sozialministerium, macht der erbärmliche Zustand durchaus Sinn, solange Aussiedler darin wohnen: „Wenn wir das jedesmal renoviert hätten, dann würden die da nicht mehr rausgehen.“

Wie massiv sich Gemeinden gegen Landsleute aus dem Osten wehren, demonstriert derzeit das saarländische St. Wendel. Im örtlichen Marienkrankenhaus will die Saarbrücker Landesregierung 500 Aussiedlern Wohnungen geben, bis sie Deutsch gelernt und sich eingelebt haben. Dagegen agieren eine Bürgerinitiative und, in großer Koalition, die Parteien der Stadt.

Als drohten die Hunnen einzufallen, spricht die Bürgerinitiative von einer bevorstehenden „Getto-Situation“, beklagt Bürgermeister Klaus Bouillon (CDU) den „vorprogrammierten Ruin unserer so hoffnungsvoll angelaufenen Stadtentwicklung“, nennt der CDU-Landtagsabgeordnete Hans Ley, ein diplomierter

Sozialarbeiter, die beabsichtigte Krankenhausnutzung gar einen „Morgenthau-Plan für St. Wendel“.

Längst hat die Bundesregierung den Wohnungsbau als das vorrangigste Problem begriffen. Das Städtebauministerium plant, nach jüngsten Zahlenspielen, vorerst mal einen Bedarf von 30 000 Wohnungen ein, deren voraussichtliche Kosten – 2,1 Milliarden Mark – von Bund und Ländern zu gleichen Teilen übernommen werden sollen, doch Finanzminister Gerhard Stoltenberg mauert noch.

Die Wohnungsmisere der Aussiedler trifft die Republik in einer Phase des ohnehin stagnierenden, teilweise darniederliegenden sozialen Wohnungsbaus. Doch die Bonner Wohltaten wecken Neider. Der Augsburgener Sozialreferent Sieghard Schramm (SPD) warf der Bundesregierung vor, sie würde den Aussiedlern nur „einen Bärenienst erweisen“, weil durch ein solches „Milliardenprivileg die Ressentiments in der Öffentlichkeit geschürt werden“. Schramm: „Wir brauchen günstige Wohnungen für alle Bedürftigen und nicht nur für eine bestimmte Gruppe.“

Auch die Bundesanstalt für Arbeit, die allein für den Sprachunterricht im laufenden Jahr vorsorglich den Rekordbetrag von 320 Millionen Mark angesetzt hatte, mußte schon nach einem halben Jahr feststellen: „Das Geld ist weg“ (Vizepräsidentin Ursula Engelen-Kefer); inzwischen liegen Ausgabenschätzungen für 1988 „in der Nähe der Milliarden“.

In der Kabinettsitzung Anfang August war jedenfalls unumstritten, daß die Regierung „zu ihren Forderungen nach Freizügigkeit stehen und die Verantwortung für den Aussiedlerstrom übernehmen muß“, so ein Kabinettsmitglied. Schließlich hätte man ja „jahrelang in Moskau, Warschau und Bukarest auf der Matte gestanden“.

Doch die künftige Aussiedlerpolitik scheint umstritten. „Etliche in der Regierung“, sagt ein hoher Beamter aus dem Kanzleramt, hätten den Zwiespalt erkannt: „Erst hat man gedrückt, und jetzt hofft man, daß vielleicht doch nicht so viele kommen.“

Einzig Kanzler Kohl habe auch intern stets ohne Vorbehalte zu den Aussiedlern gestanden. „In unserem reichen Land“, so der Regierungschef in kleiner Runde, müsse es doch möglich sein, sich der Zugereisten anzunehmen. Schließlich seien das arbeitswillige Leute, die bereit seien, eine Menge Kinder in die Welt zu setzen.

Daran knüpfen sich Spekulationen über Sekundärmotive des Kanzlers, etwa das Schielen auf neue Wählerschichten für die Unionsparteien, bei denen ein Großteil der sozialismusgeschädigten Aussiedler gewiß landen wird, oder auf eine Entlastung in der Rentenfinanzierung.

Horst Waffenschmidt (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, hat die Spekulationen über segensreiche Folgen des Zustroms angeheizt. Kinderreiche Familien seien doch „die Steuer- und Beitragszahler von morgen“.

Gleichwohl versucht Bundesaußenminister Genscher, zunächst in aller Stille, wenigstens die Rückwanderung aus der Sowjet-Union zu bremsen.

In Genschers Ministerium arbeitet seit Jahren ein Arbeitskreis, in dem sich deutsche und sowjetische Regierungsvertreter ausschließlich mit der Ausreise von Deutschen aus der UdSSR befassen.

Ende Juli, bei seinem letzten Besuch in Moskau, sprach Genscher seinen Amtskollegen Schewardnadse vor dem jüngste Gorbatschow-Rede vor dem Zentralkomitee an, in der der Generalsekretär angekündigt hatte, Minderheiten in nicht geschlossenen Siedlungsgebieten sollten künftig neue „rechtliche Garantien“ zur Wahrung ihrer „national-kulturellen Bedürfnisse“ (auch der religiösen) erhalten. Ob der Parteichef damit die Deutschen im Land gemeint habe, wollte Genscher wissen, und bekam die Antwort: „Ja, genau die haben wir gemeint.“

Kaum war Genscher zurück in Bonn, änderte der deutsch-sowjetische Arbeitskreis sein Schwerpunktthema: Nicht mehr Aussiedler, sondern die Garantien für die deutsche Minderheit im Vielvölkerstaat sind jetzt in der Beratung – weil viele dann bleiben können, wo sie sind. ◆